

Y m 35

# Die Angriffe

des Herrn Geheimen Regierungsrat  
Grüner in Breslau

auf die nationalliberale Partei

## und ihre Erwiderung

durch die Vorstände des national-  
liberalen Wahlvereins zu Breslau  
und des Vereins der national-  
liberalen Jugend zu Breslau.



Breslau, Anfang Juni 1913.

81014/6

Breslau, im Mai 1913.

Sehr geehrter Herr!

Bei den bevorstehenden Landtagswahlen werden auch die Herren Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere erwägen müssen, welchen Kandidaten sie ihre Stimme geben wollen. Die Entscheidung kann nicht schwer fallen. Sie werden als preussische Offiziere und im Hinblick auf den auch für das bürgerliche Leben verbindlichen Fahneid und bei ihrer doppelten Pflicht, des Vaterlandes Wohl nicht aus dem Auge zu lassen, nur solche Parteien unterstützen, die staatsertreu und national unbedingt zuverlässig sind. Bei dieser Sachlage scheidet von vornherein die sozialdemokratische Partei und auch jede andere aus, die sich als Helferin oder Verbündete der Sozialdemokraten gezeigt hat.

Wie steht es in dieser Hinsicht mit den Liberalen?

In frischer Erinnerung ist es, daß die Freisinnigen bei den Reichstagswahlen des vorigen Jahres ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Umsturzpartei für das ganze Reich abgeschlossen haben. Hier in Breslau hat sogar ein Teil der freisinnigen Partei und ihre Presse die Wahl des Sozialdemokraten Bauer gegenüber dem nationalliberalen Kandidaten Stadtrat Grund empfohlen, obwohl schon damals Freisinnige und Nationalliberale verbündet waren. Bei den Nationalliberalen, deren ehemalige Verdienste um das Vaterland gern anerkannt werden, haben — und leider auch hier in Breslau — die Jungliberalen die Führung und Entscheidung. Ihr Ideal ist der Großblock von Bassermann bis Bebel. Ihre Unterstützung der Sozialdemokratie in weiten Kreisen des Vaterlandes, nicht nur in Süddeutschland, ihr Eintreten für Bebel und Scheidemann bei der Präsidentenwahl im Reichstage ist mit nationalem Empfinden und der Pflichtauffassung eines Offiziers unvereinbar. Von den in Breslau aufgestellten liberalen Kandidaten war der eine, Tischlermeister Koniechny, lange Zeit Mitglied und Agitator des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes.

Unbedingt zuverlässig in nationaler Beziehung und frei von jeder sozialdemokratischen Gemeinschaft haben sich stets die konservativen Parteien bewährt. Sie und die hier in Breslau mit ihnen ver-



bündete Zentrumsparthei treten mit aller Entschiedenheit ein für ein starkes Königtum und die Kräftigung aller Staatsautorität — die Fundamente unseres blühenden Staatswesens.

Wir bitten Sie deshalb ergebenst, am 16. Mai zur Wahl zu gehen und nur die Wahlmänner dieser Parteien wählen zu wollen, d. h. die rechtsstehenden Wahlmänner, die sich für die Kandidaten

Major a. D. Stroffer,  
Mathematiker Dr. Wagner,  
Rechtsanwalt Dr. Herschel,

verpflichtet haben.

In vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

Der Wahlausschuß der rechtsstehenden Parteien.

J. A.: Gr ü k n e r, Geheimer Regierungsrat,  
Major d. R. a. D.

(Vorstehender Brief wurde unmittelbar vor den Urwahlen des 16. Mai an die Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere im Wahlkreise Breslau-Stadt versandt.)

## Offener Brief

an Herrn Geh. Regierungsrat Gr ü k n e r in Breslau,  
Major d. R. a. D.

Breslau, den 21. Mai 1913.

Sehr geehrter Herr!

Sie haben unmittelbar vor den Landtagswahlen im Auftrage des Wahlausschusses der rechtsstehenden Parteien an die Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere in Breslau einen Brief gerichtet, in dem Sie unter Beifügung Ihrer militärischen Rangstellung die Adressaten zur Wahl rechtsstehender Wahlmänner zu veranlassen suchen. Sie erklären darin, im Hinblick auf den auch für das bürgerliche Leben verbindlichen Fahneneid sei es Pflicht jeden Offiziers, nur solche Parteien zu unterstützen, die staatserkhaltend und national unbedingt zuverlässig seien, dabei scheidet von vornherein die sozialdemokratische Partei und auch jede andere aus, die sich als Helferin oder Verbündete der Sozialdemokratie gezeigt habe, und Sie fragen weiter, wie es in dieser Hinsicht mit den Liberalen stehe.

In Beantwortung dieser Frage behaupten Sie dann von den Nationalliberalen, bezw. den Jungliberalen, die nach Ihrer Meinung die Führung und Entscheidung bei den Nationalliberalen haben sollen, folgendes:

Ihr Ideal sei der Großblock von Bassermann bis Bebel, ihre Unterstützung der Sozialdemokratie in weiten Kreisen des Vaterlandes, nicht nur in Süddeutschland, ihr Eintreten für Bebel und Scheidemann bei der Präsidentenwahl im Reichstage sei mit dem nationalen Empfinden und der Pflichtauffassung eines Offiziers unvereinbar.

Sie behaupten dann weiter, daß einer der drei in Breslau aufgestellten liberalen Kandidaten, der Kunsttischlermeister Koniegny, lange Zeit Mitglied und Agitator des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes gewesen sei, und erklären schließlich, unbedingt zuverlässig in nationaler Beziehung und frei von jeder sozialdemokratischen Gemeinschaft hätten sich stets die konservativen Parteien bewährt. Demzufolge fordern Sie die Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere auf, für die Wahlmänner dieser Parteien und des hier in Breslau mit ihnen verbündeten Zentrums zu stimmen.

Der Sinn und Zweck dieser Ausführungen ist offenbar der, den Liberalismus und insbesondere auch die Nationalliberale Partei in Breslau als in nationaler Beziehung unzuverlässig hinzustellen und



bei den hiesigen Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffizieren den Anschein zu erwecken, als ob das Eintreten für die liberalen Parteien, insbesondere auch für die Nationalliberale Partei mit dem Fahnen- und der Pflichtauffassung eines Offiziers unvereinbar sei. Um diesen Ihren Zweck zu fördern, haben Sie einmal Ihrem Namen Ihre Offizierscharge beigefügt, andererseits aber haben Sie auch nicht davor zurückgeschreckt, unwahre Behauptungen über das Verhältnis der nationalliberalen zur sozialdemokratischen Partei und über die Person eines der drei liberalen Kandidaten aufzustellen.

Zu den einzelnen in Ihrem Schreiben aufgestellten Behauptungen ist folgendes zu bemerken:

1. Der Großblock von Wassermann bis Bebel, d. h. eine Arbeitsgemeinschaft der beiden liberalen und der sozialdemokratischen Partei im Reichstage und eine dementisprechende gegenseitige Stichwahlunterstützung ist in unzähligen Kundgebungen, von den nationalliberalen Vertretertagen, von sämtlichen Führern der Partei und von der gesamten nationalliberalen Presse stets abgelehnt worden. Nach dem Bericht der „Schlesischen Zeitung“ in Nr. 692 vom 3. Oktober 1910 führte Wassermann, der Vorsitzende der nationalliberalen Reichstagsfraktion, unter lebhaftem Beifall auf dem Vertretertage in Kassel folgendes aus:

„Niemand hier in Saale wird den Großblock im Reiche empfehlen. Ich weiß, welcher Unfug getrieben wird mit Raumanns Wort „von Wassermann bis Bebel“. Der alte Bebel hat ja auf dem sozialdemokratischen Parteitage auch davon gesprochen. Wir haben beide die Redewendung als Unsinn bezeichnet. Es ist das reine Phantasiegebilde Raumanns.“

Ebenso hat der Führer der preussischen Landtagsfraktion, Geheimrat Dr. Friedberg, wiederholt, insbesondere auch in einer Rede vom November 1910 zu Mülheim a. d. Ruhr, die Nachahmung des aus Notwehr gegen das Zentrum geschaffenen badischen Großblocks von sich gewiesen.

Endlich hat auch der Vorsitzende des Reichsverbandes der jungliberalen Vereine, Rechtsanwalt Dr. Kauffmann, wiederholt, zuletzt noch in einem programmatischen Leitartikel der „Jungliberalen Blätter“ vom 1. Februar 1913, einen solchen Gedanken abgelehnt, indem er an der bezeichneten Stelle schreibt:

„Das Wort: „Großblock ist Unsinn!“ bleibt daher auch nach unserer jungliberalen Ansicht für die Reichspolitik absolut richtig.“

Auch in ihrem Bericht über den letzten nationalliberalen Vertretertag in Hannover teilte die „Schlesische Zeitung“ den einstimmig gefaßten Beschluß mit, daß keine nationalliberale Parteiorganisation und kein Kandidat irgendwelche Verpflichtungen gegenüber der Sozialdemokratie übernehmen dürfe.

Daß Sie als politischer Führer von diesen Kundgebungen und von all den zahlreichen zustimmenden Erklärungen der nationalliberalen Presse keine Kenntnis erlangt haben sollten, wäre außerordentlich merkwürdig. Jedenfalls aber ist es eine grobe Unwahrheit, zu behaupten, das Ideal der Nationalliberalen sei ein Großblock von Wassermann bis Bebel.

2. Unwahr ist ferner Ihre Behauptung, daß die Nationalliberale Partei die Sozialdemokratie in weiten Kreisen unseres Vaterlandes, nicht nur in Süddeutschland, unterstütze, oder unterstützt habe. Lediglich im Kampf mit dem partikularistischen und antinationalen Ultramontanismus haben die Nationalliberalen in Baden ein Wahlabkommen mit Fortschritt und Sozialdemokratie abgeschlossen, um eine Zentrumsmehrheit im badischen Landtage zu verhindern, die zur Folge haben würde, daß die Schule der Kirche ausgeliefert und damit die Volksbildung auf dasselbe Niveau herabgedrückt würde, wie in den Ländern, in denen der Klerus die Schule beherrscht. — Aus ähnlichen Gründen ist dies in Bayern geschehen. Außerhalb dieser süddeutschen Staaten, insbesondere in Preußen, ist die Nationalliberale Partei niemals für die Sozialdemokratie eingetreten.

3. versuchen Sie die Abstimmung eines Teils der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten bei der Präsidentenwahl gegen uns auszubuten. Selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die betreffenden Abgeordneten einen Fehler gemacht haben, ist es unerhört, ihnen deshalb das „nationale Empfinden“ abzustreiten. Das nationale Empfinden kommt zum Ausdruck bei der Wahl zum Reichstag durch die Wähler und bei den parlamentarischen Abstimmungen der Abgeordneten über Vorlagen und Anträge; bei Wahlen innerhalb des Reichstages, die wie die Präsidentenwahl, die Wahl in die Kommissionen usw. interne häusliche Angelegenheiten des Reichstages selbst sind, gibt nicht das mehr oder weniger nationale Empfinden, sondern geben Zweckmäßigkeitsgründe, die Stärke der Fraktionen usw. den Ausschlag. Oder fehlte auch Bismarck das nationale Empfinden und die Pflichtauffassung eines Offiziers, als er 1895 die Frage der Wahl eines sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten in einem Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ in folgenden Sätzen behandelte:

„Wir halten es für einen taktischen Fehler der übrigen Fraktionen, nicht darauf bestanden zu haben, daß die Sozialdemokratie als nächststärkste Partei neben dem Zentrum eine Präsidentenstelle zu übernehmen habe. Es liegt, unserer Auffassung nach, in der Aufgabe der übrigen parlamentarischen Fraktionen, die sozialdemokratische Partei durch alle parlamentarischen Mittel zur Entwicklung ihrer Zukunftspläne zu nötigen. . . . In der Präsidialstellung können manche Situationen



eintreten, durch welche ein sozialdemokratischer Präsident gezwungen wird, die Maske, mit der er seine Zukunftspolitik verdeckt, einigermaßen zu lüften.“

U n w a h r i s t a u c h

4. Ihre weitere Behauptung, daß der von den liberalen Parteien aufgestellte Kandidat, Kunsttischlermeister Konieczny, lange Zeit Mitglied und Agitator des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes gewesen sei. Tatsächlich gehörte Herr Konieczny nur von 1890—1893 einer Gewerkschaft von Tischlergesellen an, die nicht sozialdemokratisch war. Heute ist Herr Konieczny, und zwar schon seit langen Jahren, erster Vorsitzender des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe und zweiter Obermeister der Breslauer Tischlerinnung. Diese Tatsachen sind in den letzten Wochen des Wahlkampfes in der Öffentlichkeit in den verschiedensten Formen festgestellt worden.

5. behaupten Sie, unbedingt zuverlässig in nationaler Beziehung und frei von jeder sozialdemokratischen Gemeinschaft hätten sich stets die konservativen Parteien bewährt. Demgegenüber erinnern wir zunächst an die Ausführung der konservativ-bündlerischen Drohung: „O h n e K a n i k , k e i n e K ä h n e !“, ferner an das aus konservativem Munde stammende Wort von der „g r ä ß l i c h e n F l o t t e“. Ferner seien einige Kreise angeführt, deren Wahlziffern mit absoluter Sicherheit ergeben, daß vielfach Hunderte und Tausende konservativer Stimmen für die Sozialdemokratie gegen die Liberalen abgegeben worden sind.

Bei den Ersatzwahlen in Frankfurt a. D. = Lebus 1910 und in Neustadt-Landau 1909 läßt sich ziffernmäßig nachweisen, daß nur durch Abschwenken einer größeren Anzahl von Stimmen, die in der Hauptwahl konservativ gewählt hatten, zu den Sozialdemokraten deren Sieg über die Nationalliberalen herbeigeführt worden ist.

Aus der Zahl der Wahlkreise, die 1912 durch direkten Uebergang konservativer Stimmen ins sozialdemokratische Lager dem Bürgertum verloren gingen, seien nur zwei herausgegriffen:

B a h r e u t h . Hauptwahl: Soz. 10 953, Natl. 6012, Konf. 5721. Stichwahl: Soz. 12 727, Natl. 7465.

G ö r l i z . Hauptwahl: Soz. 20 498, Vpt. 13 901, Konf. 7615. Stichwahl: Soz. 23 249, Vpt. 18 839.

Wir erinnern ferner an die „roten Zettel“ des konservativ-bündlerischen Kandidaten Prof. Dr. Dade, Generalsekretärs des deutschen Landwirtschaftsrats, an die Stichwahlabkommen der konservativen Kandidaten, bezw. Abgeordneten Feldmann (Hildesheim), v. Volkö (Sagan-Sprottau), W. Vogt (Hall), Streckies (Memel-Hehdekrug), um von den zahlreichen erwiesenen Fällen konservativ-sozialdemokratischer Abkommen nur einige aus der letzten Zeit zu nennen.

Ist es Ihnen unbekannt, daß selbst hohe Offiziere a. D., die Führer der Konservativen in Schlesien sind, trotz des „auch für das bürgerliche Leben verbindlichen Fahnenweides“ die Sozialdemokratie durch Stimmenthaltung bei der Reichstagswahl gefördert haben, und das auf Grund konservativer Parteiparole?

Alle diese offenkundigen Tatsachen müßten Ihnen, als politischem Führer, doch eigentlich bekannt sein!

6. Von dem Zentrum wagen Sie selbst nicht zu behaupten, daß es national unbedingt zuverlässig und frei von jeder sozialdemokratischen Gemeinschaft gewesen sei. Trotzdem aber fordern Sie die Offiziere des Beurlaubtenstandes auf, für die Zentrumspartei, die langjährige Bundesgenossin aller Staats- und Reichsfeinde, der Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Elsäßer, einzutreten. Es ist erstaunlich, wie rasch und vollständig Sie über dem angeblichen Großblodideal der Nationalliberalen die wirklichen Bündnisse des Zentrums mit der Sozialdemokratie bei Landtags- und Reichstagswahlen vergessen haben.

Ein starkes Stück ist es aber auch, zu behaupten, daß die Konservativen und die hier in Breslau mit ihnen verbündete Zentrumspartei mit aller Entschiedenheit für ein starkes Königtum und die Kräftigung aller Staatsautorität eintreten.

Tatsächlich ist die Staatsautorität bei den Konservativen nur dann gut aufgehoben, wenn die jeweilige Staatsregierung den Konservativen die politische Herrschaft im Staate zu sichern bereit ist, sonst ist man sogar geneigt, „den Kaiser als politischen Gegner anzusehen“ (Korrespond. d. Bundes der Landwirte vom 27. März 1894) und droht, „unter die Sozialdemokraten zu gehen und ernstlich gegen die Regierung Front zu machen“. (Ausruf von Ruprecht-Kansern.) Sehr treffend hat einmal der frühere Führer des Bundes der Landwirte, v. Bloch, die konservative Auffassung von der Staatsautorität gekennzeichnet mit den Worten: „Wir stützen die Autorität, aber es muß nur die richtige sein.“

Wie bringen Sie es weiter in Einklang mit der „Kräftigung aller Staatsautorität“, daß die Konservativen im Gegensatz zum Könige, der in der Reform des preussischen Wahlrechts „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erblickt und seinen Willen in der Thronrede vom 2. Oktober 1908 mit aller Entschiedenheit für eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts eingesetzt hat, mit derselben Entschiedenheit gegen die Autorität des Königs für das Festhalten an dem jetzigen Wahlrecht eintreten, das ihnen die politische Herrschaft sichert?

Die Behauptung in Ihrem Schreiben, daß auch das Zentrum „für ein starkes Königtum und die Kräftigung aller Staatsautorität“ eintrete, steht im Widerspruch mit Tatsachen, die auch Ihre Partei



bis vor kurzem stets anerkannt hat. Unter dem Vorwande, Gott mehr gehorchen zu müssen, als dem Menschen, haben die Ultramontanen Befehle des Staates den Gehorsam verweigert, die nichts verlangten, als was die Katholiken in andern Staaten erfüllten.

Das Zentrum erstrebt die Herrschaft der Kirche über den Staat. Das Zentrum stellt die kirchliche Autorität stets über die des Staates. Das Zentrum hat auch seine Zustimmung zu dringenden Wehrforderungen teils verweigert, teils von Gegenleistungen auf andern Gebieten abhängig gemacht.

Obwohl Sie bereits seit langen Jahren in führender Stellung im politischen Leben stehen, wollen wir nicht annehmen, daß Ihnen die Unwahrheit Ihrer soeben widerlegten Behauptungen bewußt gewesen ist. Der Vorwurf aber kann Ihnen nicht erspart bleiben, daß Sie unter Mißbrauch Ihrer Offiziersstellung die zumeist jüngeren und im Range unter Ihnen stehenden Offiziere des Beurlaubtenstandes durch die grob fahrlässige Aufstellung unwahrer Behauptungen irre zu führen gesucht haben.

Wir protestieren daher namens der Nationalliberalen Partei in Breslau mit aller Entschiedenheit gegen Ihre Verdächtigung unsrer nationalen Zuverlässigkeit. Wir protestieren aber auch ferner gegen dieses Hineintragen parteipolitischer Gegensätze in unsre Armee, welches den kameradschaftlichen Geist unseres Offizierskorps zu gefährden geeignet ist.

Die Nationalliberale Partei hat stets Beamte und Offiziere bis in die höchsten Stellungen hinauf als Mitglieder, Führer und Abgeordnete gehabt und hat sie noch. Wenn Sie, Herr Geheimrat, kein Empfinden für die überaus schwere Beleidigung besitzen, die Sie durch Ihre unwahren Behauptungen ungezählten, hochangesehenen und um das Vaterland hochverdienten Männern zugefügt haben, so sind wir doch überzeugt, daß alle billig denkenden unter Ihren politischen Freunden eine derartige Kampfweise mit uns aufs schärfste verurteilen werden.

Der Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins zu Breslau.

S. A.: Prof. Dr. Kaufmann, Geh. Regierungsrat. Professor:  
Dr. Wendt, Archidirektor. Saenger, Regierungsrat.

Der Vorstand des Vereins der nationalliberalen Jugend zu Breslau.

S. A.: Dr. Friedensburg, Rechtsanwält. Bermann,  
Dipl.-Ingenieur.

#### Offene Antwort an die Vorstände des Nationalliberalen Vereins und des Vereins der nationalliberalen Jugend.

Breslau, den 29. Mai 1913.

Der vom Wahlausschusse der Breslauer rechtsstehenden Parteien an Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere gerichtete und von mir als Leiter des Ausschusses gezeichnete Brief bezweckte, den Adressaten, unter Hinweis auf die Stellung der liberalen Parteien zur Sozialdemokratie, die Wahl rechtsstehender Wahlmänner zu empfehlen. Zu diesem Schritte fühlte ich mich in der Erkenntnis verpflichtet, daß in unserer schnelllebigen Zeit innerpolitische Vorgänge, selbst auffälliger Art, oft sehr bald vergessen werden. Selbstverständlich habe ich durch das Schreiben — wie ich hier ausdrücklich erkläre — niemand persönlich beleidigen wollen, das schon deshalb nicht, weil ich stets bestrebt bin, sämtliche bürgerlichen Wähler zum Kampfe gegen die Umsturzpartei zu vereinen.

Da in dem, auf dieses mein Schreiben ergangenen „Offenen Briefe“ die Vorstände des Breslauer Nationalliberalen Wahlvereins und des Vereins der nationalliberalen Jugend, die in meinem Schreiben aufgestellten Behauptungen in einer Form als unwahr bezeichnet wurden, die den Vorwurf bewußter Unwahrheit nicht ausgeschlossen ließ, möchte ich zunächst klarstellen, ob ein solcher Vorwurf tatsächlich beabsichtigt gewesen ist. Nachdem die Unterzeichner des Briefes, Geheimrat Professor Dr. Kaufmann, Archidirektor Professor Dr. Wendt, Regierungsrat Saenger, Rechtsanwält Dr. Friedensburg und Dipl.-Ingenieur Bermann, einem Vertreter gegenüber ausdrücklich erklärt haben, daß ich bewußt Unwahres nicht behauptet habe, bin ich jetzt in der Lage, sachlich auf das Schreiben zu erwidern.

Es handelt sich für mich nur darum, überzeugend die Richtigkeit meiner Behauptungen nachzuweisen. Ich habe nun behauptet, daß die Verbündeten der Nationalliberalen, nämlich die Freisinnigen, bei den letzten Reichstagswahlen durch das ganze Reich ein Schutz- und Trutzbündnis mit den Sozialdemokraten abgeschlossen haben, und daß ein Teil der Breslauer freisinnigen Partei in seiner Presse für den Sozialdemokraten Bauer gegen den Nationalliberalen Grund eingetreten ist — daß in der Nationalliberalen Partei die Jungliberalen die Führung und Entscheidung haben — daß die Jungliberalen ihr Ideal im Großblock von Baffermann bis Bebel



finden, die Sozialdemokratie in vielen Kreisen Deutschlands, nicht nur in Süddeutschland, unterstützen, auch für Bebel und Scheidemann bei der Reichstagspräsidentenwahl eingetreten sind — und schließlich, daß der liberale Kandidat Koniechny lange Zeit Mitglied und Agitator des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbandes gewesen ist.

Diese meine Behauptungen bringen durchaus nichts Neues; die behaupteten Tatsachen sind vielmehr seit langer Zeit in der Presse erörtert und öffentlich als richtig festgestellt worden. Rosa Luxemburg und die sozialdemokratische Presse haben das geheime Bündnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie, das der letzteren 31 Reichstagsmandate einbrachte, der Öffentlichkeit verraten. Das Eintreten des Freisinns in Breslau für den Sozialdemokraten Bauer gegen den Nationalliberalen Grund ist den Breslauer Wählern noch in frischer Erinnerung. Daß in der Nationalliberalen Partei seit Jahren tiefgehende Differenzen zwischen den rechtsstehenden Altliberalen und dem linken Flügel bestehen, weil letzterer sich immer mehr von den alten Traditionen der Partei entfernte, hat sich auf den letzten Parteitagen und in der Parteipresse der Nationalliberalen gezeigt. Ich nehme nur Bezug auf die Tagungen in Breslau und Posen und die Ausführungen der Alt-nationalliberalen Korrespondenz. In diesem Streit hat der linke Flügel, d. s. die sogenannten Jungliberalen, bisher immer die Oberhand behalten, so daß im größten Teile Deutschlands feste Wahlbündnisse zwischen Nationalliberalen und dem Freisinn geschlossen worden sind und in Süddeutschland ein festes Parteiabkommen der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten zustande kam.

Dafür, daß auch in Schlesien das Heft in Händen der Jungliberalen ist, zeugt neben der Agitation, wie sie seit Monaten von dem nationalliberalen Parteisekretär in einer unerhörten Weise gegen die Konservativen betrieben wird, die Stellung gegenüber der Sozialdemokratie. Auch die schlesischen Nationalliberalen riefen bei den letzten Reichstagswahlen: „Der Feind steht rechts“. Als im Februar v. J. bei der Reichstags-Präsidentenwahl der Vorsitzende des nationalliberalen Vereins, Bartels, in einem an Bassermann gerichteten Telegramm bedauerte, daß nationalliberale Abgeordnete für Bebel und Scheidemann gestimmt hätten, fand dies Telegramm keineswegs die Billigung des Parteivorstandes, ja der zweite Vorsitzende und zugleich Vorsitzende des nationalliberalen Jugendvereins, Rechtsanwalt Dr. Friedensburg, telegraphierte sofort an Bassermann folgendes: „Der Verein der nationalliberalen Jugend bittet die Reichstagsfraktion, den seit 1909 bis zu den Reichstagswahlen mit Erfolg eingehaltenen Kurs auch weiter zu verfolgen und den Anschluß nach links beizubehalten. Wir halten

es für gerecht, der Sozialdemokratie als der stärksten Fraktion des Reichstages einen Sitz im Präsidium zu gewähren. Wir vertrauen nach wie vor der bewährten Führung Bassermanns.“ Und als nach den durch den Sozialdemokraten Vorchardt im Abgeordnetenhaufe hervorgerufenen Ständszenen eine Protestversammlung in Breslau geplant wurde, zu der alle bürgerlichen Parteien und nationalen Vereine aufgefordert waren, hat die Nationalliberale Partei — natürlich auch die freisinnige — ihre Beteiligung nicht nur abgelehnt, nein, es erschien Rechtsanwalt Dr. Friedensburg als nationalliberaler Vertreter in der Besprechung und bekämpfte den Plan in einer Weise, daß er die Entrüstung der Anwesenden hervorrief.

Wenn in dem „Offenen Briefe“ bestritten wird, daß der von den liberalen Parteien aufgestellte Kandidat Koniechny je Sozialdemokrat gewesen sei, so nehme ich Bezug auf die „Volkswacht“ vom 18. April 1913. Sie erklärte, daß K. „in seinen ärmeren Jahren strammer Sozialdemokrat gewesen“ sei. Das dürfte genügen.

Diesen Tatsachen gegenüber, die bewiesen sind und durch keine Winkelzüge abgeleugnet werden können, darf ich getrost einer Nachprüfung, ob mein Brief eine einzige Unwahrheit enthält, entgegensehen, will aber dabei nicht mit dem Bemerkten zurückhalten, daß mir ein derartiger Mangel an Urteilskraft, wie sie in dem gegen mich erhobenen Vorwurfe der Unwahrheit liegt, nicht sobald vorgekommen ist.

Wenn ich behauptet habe und noch behaupte, daß die Unterstützung der Sozialdemokratie und das Eintreten für Bebel und Scheidemann bei der Reichstagspräsidentenwahl mit nationalem Empfinden und Pflichtauffassung eines Offiziers nicht vereinbar sei, so bin ich überzeugt, die Zustimmung aller patriotischen Männer, insbesondere der inaktiven Offiziere, zu finden. Ich war peinlich überrascht, daß die nationalliberale Parteileitung in Breslau diese meine Auffassung in dem Offenen Briefe nicht ausdrücklich auch als die ihrige bezeichnet hat. Der Offene Brief enthält insofern eine unrichtige Wiedergabe meines Briefes, als mir vorgehalten wird, daß ich der Nationalliberalen Partei vorgeworfen hätte, sie sei national unzuverlässig und ein Offizier dürfe bei den Wahlen nicht mit ihr gehen. Das habe ich aber gar nicht gesagt. Vielmehr habe ich von den Jungliberalen behauptet, daß ihre Unterstützung der Sozialdemokratie und ihr Verhalten bei der Wahl Bebels und Scheidemanns mit nationalem Empfinden und Offizierspflichtauffassung sich nicht vereinen lasse. Die Zeichner des Offenen Briefes werden aber gewiß wissen, daß dieser mir zugeschobene Vorwurf gegen die Nationalliberalen aus ihrer eigenen Partei heraus erhoben worden ist, denn der Vorstand des nationalliberalen Ver-



eins in Magdeburg bezeichnete das Eintreten ihrer Parteimitglieder für Bebel und Scheidemann als ein Brandmal nationalliberaler Unzuverlässigkeit. Ganz anders stellt sich hierzu der Offene Brief. Wenn in ihm die Wahl Bebels und Scheidemanns zu beschönigen versucht und dabei sogar Fürst Bismarck als Kronzeuge aufgerufen wird, so empfinde ich das als eine schwere Beleidigung des alten Reichskanzlers. Man bedenke: Bismarck, der treueste Diener der Hohenzollern, soll die Wahl des Umstürzlers Bebel und des Hohenzollernbeleidigers Scheidemann zu Reichsagspräsidenten guthießen! Mehr Heiterkeit als Zorn wird bei konservativen Männern eine Stelle des Offenen Briefes hervorrufen, die da sagt, es sei nur eine Phrase, wenn die Konservativen behaupten, daß sie national zuverlässig sind, sich von sozialdemokratischer Gemeinschaft fernhalten, für ein starkes Königtum und Kräftigung der Staatsautorität eintreten. Angebliche Ausprüche und Handlungen einzelner konservativer Männer und das Reichstagswahlergebnis in Bayreuth und Görlitz sollen das beweisen. Aber dieser Beweis ist geradezu kläglich mißglückt. Denn die landläufige liberale Auffassung der zuvor erwähnten Einzelheiten ist doch alles andere eher als beweiskräftig, und warum wird nicht ein einziger Fall angeführt, in dem die konservative Partei als solche mit der Sozialdemokratie ein Bündnis geschlossen oder sie unterstützt habe? Es gibt eben keinen.

Schließlich greift der Offene Brief die Zentrumsparthei aufs schärfste an. Ich glaube es dieser Partei überlassen zu müssen, daß sie selbst die gebührende Antwort gibt. Ich muß nur nochmals wiederholen, daß die in meinem Schreiben angeführten Tatsachen unumstößlich wahr sind und daß ich es für dringend geboten erachte, diese Tatsachen zur Sprache zu bringen; denn auch jetzt bei den Landtagswahlen liegt wieder die Gefahr nahe, daß sich Freisinn und Sozialdemokratie miteinander verbinden. Die „Breslauer Zeitung“ und die „Breslauer Morgen-Zeitung“ begrüßen mit Freuden die Nachricht, daß ein solches Bündnis abgeschlossen sein soll, durch welches im Kreise Barmim den Sozialdemokraten und dafür in Breslau, Sorau, Grünberg, Liegnitz und Brandenburg den Liberalen die Mandate in der Stichwahl gesichert werden. Was sagt denn hierzu die Breslauer nationalliberale Parteileitung? Ich meine, es wäre mehr national, sich von zweifellos die Umsturzparthei fördernden Verbindungen fern zu halten, als den Konservativen ganz unbegründete Vorwürfe in gröbster Form zu machen und dadurch die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien noch zu steigern!

Ich werde mich durch die Angriffe, die der Offene Brief enthält, nicht irre machen lassen, das zu tun und zu sagen, was ich

pflichtmäßig für richtig halte, und werde, wenn es mir notwendig erscheint, auch zu früheren Offizieren sprechen. Dadurch lege ich keine parteipolitischen Gegenätze in die Armee, wie der Offene Brief mir vorwirft. Die Armee, d. h. im gegebenen Falle die aktiver Offiziere, sollen der politischen Agitation fernbleiben. Das ist auch meine Überzeugung. Anders aber verhält es sich mit Männern, die im Reserve- oder Landwehr-Verhältnis stehen. Sollen sie ihrer politischen Überzeugung nicht Ausdruck geben? Hinweisen muß ich hierbei auf frühere Offiziere, die z. B. in höherer Charge als sogenannte militärische Sachverständige liberale Parteien bedienen. Nehmen die Unterzeichner des Offenen Briefes etwa an der Tätigkeit dieser Herren Anstoß?

Fahnen- und Beamteneid verpflichten selbstverständlich keinen, der ihn geschworen hat, dazu, nur konservativ zu wählen. Das habe ich auch nicht verlangt. Aber seine Hände rein halten muß jeder, der einen solchen Eid geschworen hat, von der Berührung mit der Sozialdemokratie und muß sich bei den Wahlen streng prüfen, ob er durch seine Stimmabgabe direkt oder indirekt die Feinde des Staates, den zu stützen und zu verteidigen er berufen und verpflichtet ist, irgendwie fördert.

Grüner,

Generallandschafts-Syndikus, Geheimer Regierungsrat,

Major d. R. a. D.

(Diese „Offene Antwort“ des Herrn Grüner wurde in der „Schlesischen Zeitung“ am 30. Mai veröffentlicht, zugleich auch im Zentrumsblatt, der „Schlesischen Volkszeitung“).



**Noch eine Erwiderung  
an Herrn Geheimrat Gr ü ß n e r.**

Herr Geheimrat Grützner hat auf unsern Offnen Brief in der „Schles. Ztg.“ eine „offne Antwort“ veröffentlicht. Er macht darin nicht einmal den Versuch, die urkundlichen Beläge, mit denen wir die Unwahrheit seiner Behauptungen in dem Rundschreiben an die Reserveoffiziere nachgewiesen haben, zu entkräften, sondern stellt nur die alten unwahren Behauptungen von neuem auf und fügt noch einige neue Unwahrheiten dazu. Demgegenüber sei folgendes festgestellt:

1. Die Darstellung der persönlichen Verhandlungen zwischen Herrn Geheimrat Grützner und den Unterzeichnern des Offnen Briefes ist unvollständig und dadurch irreführend. Wahr ist, daß Herr Geheimrat Grützner zunächst folgende schriftliche Erklärung\*) abgegeben hat:

Breslau, den 24. Mai 1913.

Ich erkläre hiermit, wie ich es meinem Vertreter, Herrn Geheimen Regierungsrat Lucas gegenüber, von Anfang an bereits mündlich getan habe, daß ich in dem vom Wahlausschuß der rechtsstehenden Parteien Breslaus an die Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere gerichteten und von mir persönlich gezeichneten Briefe (datiert Breslau im Mai 1913) niemanden, insbesondere nicht die Mitglieder der Breslauer nationalliberalen Partei, persönlich habe beleidigen, auch nicht habe sagen wollen, die Nationalliberale Partei sei national unzuverlässig, und es stehe im Widerspruch mit dem Fahneneide des Offiziers, bei den Wahlen mit der Nationalliberalen Partei zusammen zu gehen.

(gez.) Gr ü ß n e r, Generallandschafts-Syndikus.

Erst darauf haben wir seinem Vertreter gegenüber wiederholt, was wir bereits in unserm Offnen Briefe gesagt hatten, nämlich: daß wir ihm nicht den Vorwurf machen wollen, wissentlich unwahre Behauptungen aufgestellt zu haben.

Der zweite Teil der Erklärung des Herrn Grützner enthält einen Widerruf seiner in dem Rundschreiben an die Reserveoffiziere

\*) Anmerkung: Wir hätten über diese Verhandlung nichts erwähnt, wenn Herr Grützner nicht zuerst darauf eingegangen wäre.

enthaltenen Behauptungen; es ist daher wenig geschmackvoll, jetzt schon wieder diesen Widerruf zu widerrufen und sich auf den Standpunkt zu stellen, es sei alles ganz richtig gewesen, was in jenem Schreiben gestanden habe.

Herr Grützner sucht sich nun dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß er erklärt, seine Behauptungen über die Unterstützung der Sozialdemokratie hätten sich nur auf die „Jungliberalen“ bezogen. Ja, aber erklärt nicht Herr Grützner gleichzeitig, daß die Jungliberalen die Führung und Entscheidung in der Nationalliberalen Partei haben, und daß auf ihren Einfluß das Bündnis zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen, also die seit vier Jahren verfolgte offizielle Parteipolitik zurückzuführen sei? Muß sich daher dieser Vorwurf nicht auf die ganze Nationalliberale Partei beziehen?

Zur Belehrung des Herrn Geheimrat Grützner sei hier bemerkt, daß Jungliberale nur diejenigen Mitglieder der Nationalliberalen Partei sind, die den Vereinen der nationalliberalen Jugend angehören. Mitglieder dieser Vereine sind in den Fraktionen fast gar nicht, im Zentralvorstand der Gesamtpartei nur in geringer Zahl vertreten. Man sieht hieraus, wie grundlos auch diese Behauptung und die hierauf sich beziehenden Darlegungen der offnen Antwort sind.

2. Unwahr ist die Behauptung des Herrn Geheimrat Grützner, daß zu der von ihm erwähnten Protestversammlung gegen die Sozialdemokratie alle bürgerlichen Parteien aufgefordert worden seien. Die Fortschrittliche Volkspartei und die dieser angehörenden Vereine sind vielmehr nicht aufgefordert worden, und Herr Geheimrat Grützner hat dies noch als „selbstverständlich“ bezeichnet. Gerade dies war aber der Hauptgrund, weshalb damals die Nationalliberale Partei ihre Beteiligung ablehnte. So sieht das Bestreben des Herrn Geheimrat Grützner aus, alle bürgerlichen Wähler zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu vereinen!

3. Unwahr ist, daß wir in unserm Offnen Briefe keinen einzigen Fall angeführt hätten, in dem die Konservative Partei als solche die Sozialdemokratie unterstützt hätte. Herr v. Bolko in Sagan-Sprottau z. B. repräsentierte als Reichstagsabgeordneter die Konservative Partei im dortigen Wahlkreis und repräsentiert sie trotz seines Abkommens mit der Sozialdemokratie heute noch, ja er ist sogar, wahrscheinlich infolge dieser seiner Verdienste dazu berufen worden, jetzt das bisher im Besitz der verbündeten Freikonservativen gewesene Landtagsmandat zu übernehmen. Ferner haben wir angedeutet, daß u. a. in Hirschberg und Görlitz bei der Stichwahl zwischen Fortschrittlichen und Sozialdemokraten die Konservative Partei unter Führung höherer Offiziere a. D. Wahlenthaltung pro-



klamiert und dadurch in Görlich den Sieg der Sozialdemokratie herbeigeführt hat. Diese Parole wurde übrigens von der konservativen Partei fast allenthalben ausgegeben.

4. Herr Grünher zitiert als Kronzeugen für seine wiederholte Behauptung, daß Herr Koniechny früher Sozialdemokrat gewesen sei, die „Volkswacht“. Wir stellen fest, daß Herr Grünher im Bedarfsfälle die von ihm sonst so scharf bekämpfte sozialdemokratische Presse als glaubwürdiger ansieht, als die aus bürgerlichem Lager, in letzter Linie von dem Nächstbeteiligten und Bestunterrichteten selbst stammenden Bekundungen. Ferner stellen wir fest, daß Herr Grünher und seine Gesinnungsgenossen den liberalen Kandidaten immer wieder wegen seiner angeblichen früheren Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie verdächtig haben, während sie an der früheren sozialdemokratischen Parteistellung konservativer Führer unseres Wissens noch nie Anstoß genommen haben.

5. Schließlich empfindet es Herr Grünher als eine Beleidigung Bismarcks, daß wir einen Ausspruch des Altreichstanzlers wiedergegeben haben, in dem er den Eintritt eines Sozialdemokraten in das Reichstagspräsidium für zweckmäßig erklärt und dies begründet. Wir empfinden Mitleid mit Herrn Grünher, daß er dieser Tatsache so hilflos gegenübersteht.

Ein Ausfluß derselben Hilflosigkeit ist es, wenn er dem Zentrum die Beweislast für einen wesentlichen Teil der von ihm aufgestellten Behauptungen überläßt.

Der Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins zu Breslau.

J. A.: Prof. Dr. Kaufmann, Geh. Regierungsrat. Professor Dr. Wendt, Archivdirektor. Saenger, Regierungsrat.

Der Vorstand des Vereins der nationalliberalen Jugend zu Breslau.

J. A.: Dr. Friedensburg, Rechtsanwalt. Vermann, Dipl.-Ingenieur.

(Vorstehende Erwiderung hat Herr Grünher unbeantwortet gelassen.)



## Festrede auf den Fürsten Bismarck,

gehalten von Prof. G. Kaufmann

bei der

vom Nationalliberalen Wahlverein in Breslau

veranstalteten

Vorfeier des 77. Geburtstages des Fürsten Bismarck

am 31. März 1892.

R 2114/14

Jan 25/9

An Feinden hat es dem Fürsten Bismarck zu keiner Zeit gefehlt; es gab Jahre, wo er das ganze deutsche Volk mit wenig Ausnahmen gegen sich zu haben schien, wo sonst maßvolle Männer seine Politik eine Tollhändler-Politik nannten und noch schärfere Ausdrücke fielen. So verblendet war der Haß, daß er sich nicht nur in einem Mordversuch entlud, sondern daß Tausende, die sonst moralisch streng zu urtheilen pflegten, diesen Mordversuch, wenn nicht billigen, so doch entschuldigen zu dürfen glaubten. Bismarck hat dann seine Gegner in Berehrer verwandelt, und die Wenigen, bei denen ihm dies nicht gelang, versagten ihm wenigstens die Huldigung nicht, die der Genius fordert. Aber danach ist eine Zeit gekommen, da diese Stimmung wieder umschlug; zu den Klagen und Verwünschungen der Sozialdemokraten und des Zentrums gesellten sich bald auch wieder große Kreise der Liberalen, nachdem sie Jahre lang an dem Ausbau des deutschen Reichs mit Bismarck zusammen gearbeitet hatten. Die Art und Weise, wie Bismarck in wirtschaftlichen Fragen der Nation sein Urtheil aufzwang, die Rücksichtslosigkeit, mit der er die hohen Beamten und selbst seine Kollegen im Ministerium zur Zügsamkeit nöthigte, die Ausschreitungen der von ihm abhängigen Presse, vor allem aber die Art und Weise, wie er den sogenannten Kulturkampf beendete: all das drängte viele seiner Getreuesten nicht bloß zu trauerndem Zweifel, sondern bis zu der Forderung, es sei Zeit, daß Bismarck zurücktrete. Er hat den Maßstab verloren, sagte man, für die moralischen Mächte, er erdrückt



81614/7